

Landkreis: Heilbronn
Stadt: Güglingen
Gemarkung: Güglingen

Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB und örtliche Bauvorschriften

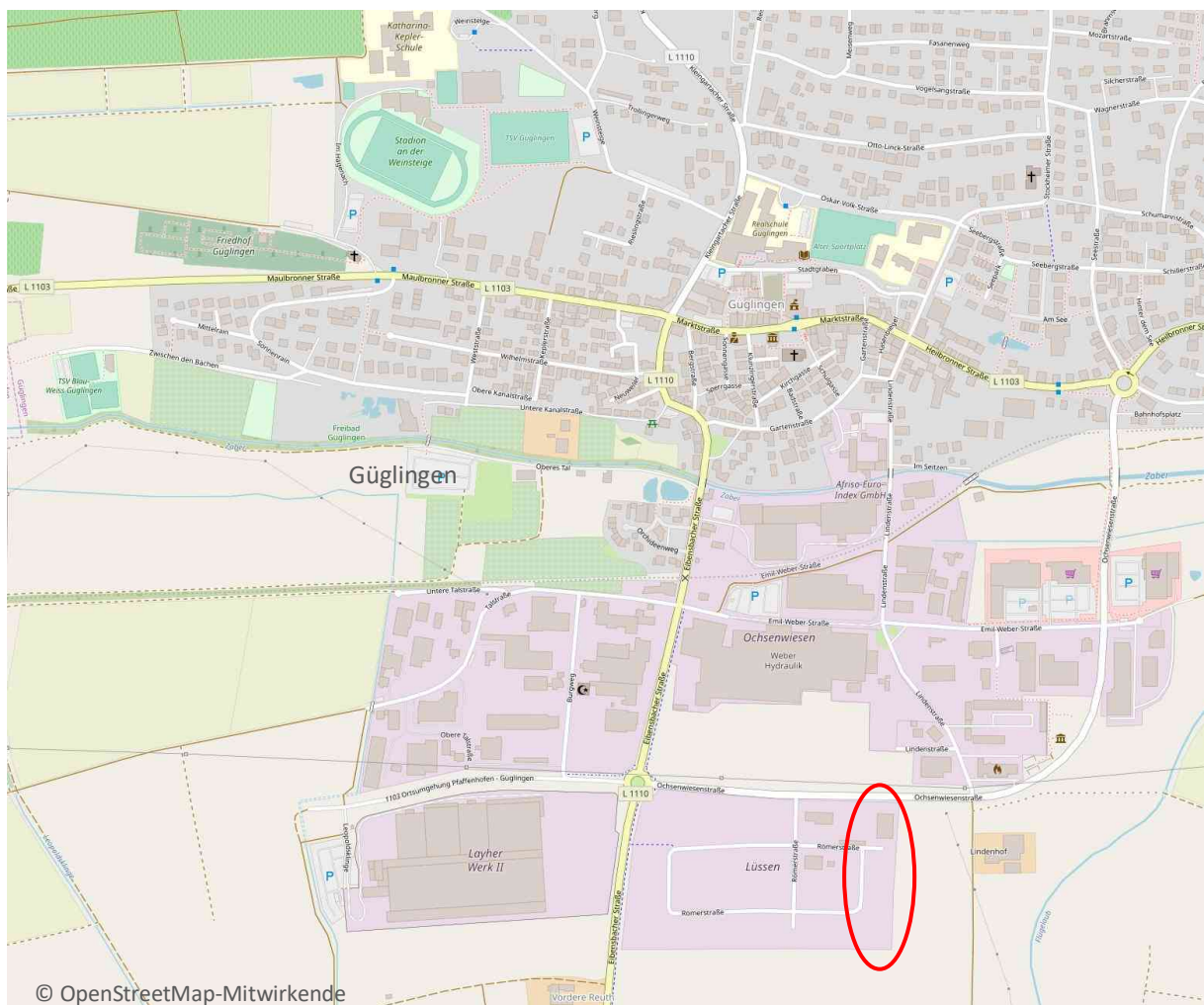
Gewerbegebiet Lüssen, 2. Änderung

Begründung mit Nachtrag

Ziel, Zweck und wesentliche Auswirkungen

1. Lage des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Das Plangebiet liegt am südlichen Ortsrand der Ortslage Güglingen und umfasst den östlichen Rand des Gewerbegebiets Lüssen. Der Planbereich umfasst die Flurstücke Nrn. 5584, 5585 und Teile der Flurstücke Nrn. 5590 (Römerstraße) und 5591.



2. Erfordernis der Planaufstellung/Ziel und Zweck der Planung

Gemäß § 1 (3) und § 2 (1) BauGB sind die Bauleitpläne von den Gemeinden in eigener Verantwortung aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Der für das Gewerbegebiet „Lüssen“ geltende Bebauungsplan wurde im Jahr 2020 geändert. Die Änderung trat am 08.05.2020 in Kraft.

Anlass für die damalige Änderung waren die Erweiterungswünsche eines ansässigen Gewerbebetriebs. Um ein zusammenhängendes Betriebsgelände zu schaffen wurde die Verlängerung der Römerstraße vom Norden in den Süden verlegt und die überbaubaren Grundstücksflächen entsprechend angepasst.

Zwischenzeitlich ist jedoch ein kompletter Umzug des Gewerbebetriebs an einen anderen Standort geplant. Die Erweiterung am Standort Güglingen wurde nicht umgesetzt.

Darum soll innerhalb des Plangebiets der ursprünglichen Stand des am 30.04.2015 in Kraft getretenen Bebauungsplans „Gewerbegebiet Lüssen“ wieder hergestellt werden.

3. Planerische Vorgaben

Das Plangebiet ist auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung durch den Bebauungsplan „Gewerbegebiet Lüssen, 1. Änderung“, in Kraft getreten am 08.05.2020 überplant. Der Bebauungsplan setzt für das Plangebiet ein Gewerbegebiet und öffentliche Verkehrsflächen fest.

4. Verfahren nach § 13a BauGB / Auswirkungen der Bauleitplanung

Das Bebauungsplanverfahren wird als Verfahren nach §13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt. Es handelt sich um eine „Maßnahme der Innenentwicklung“, die innerhalb eines rechtskräftig überplanten Bereichs liegt. Die Anforderungen hinsichtlich der maximalen Grundfläche nach § 13a (1) Nr. 1 BauGB sind erfüllt. Anhaltspunkte für die Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten bestehen nicht. Die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Umweltprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht bedürfen, wird nicht begründet. Eine Eingriffs-/Ausgleichsbilanz und ein naturschutzrechtlicher Ausgleich sind nicht notwendig, weil Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplans zu erwarten sind, im Sinne des § 1a (3) Satz 5 BauGB bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

Die Änderungen des Bebauungsplans beschränken sich auf das voll erschlossene Bauland im Gewerbegebiet Lüssen. Baufeldfreimachungen wie bspw. Rodungen oder Gebäudeabbrüche sind nicht erforderlich. Eine eventuelle nachteilige Betroffenheit von geschützten Arten ist daher nicht anzunehmen. D.h. mit dem Eintreten von Verbotstatbeständen des Artenschutzes ist nicht zu rechnen.

aufgestellt:

Untergruppenbach, den 16.11.2021

Käser Ingenieure
Ingenieurbüro für Vermessung und Stadtplanung

Anlage: Heimische Gehölze (Landratsamt Heilbronn)

Landkreis: Heilbronn
 Stadt: Güglingen
 Gemarkung: Güglingen

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Gewerbegebiet Lüssen, 2. Änderung“

Nachtrag der Begründung

Eingegangene Anregungen anlässlich der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung vom 13.12.2021 – 24.01.2022:

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
1. Wasserversorgungstechnik Kenngott vom 02.12.2021	Von Seiten der Wasserversorgung gibt es keine Einwände.	Kenntnisnahme.
2. Gemeinde Pfaffenhofen vom 07.12.2021	Die Gemeinde Pfaffenhofen hat zu dem oben genannten Bebauungsplan keine Bedenken bzw. Anregungen.	Kenntnisnahme.
3. Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung vom 13.12.2021	Im Bereich dieser Maßnahme befinden sich weder vorhandene noch geplante Anlagen der BWV. Es werden daher keine Bedenken erhoben. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.	Kenntnisnahme.
4. Amprion GmbH Asset Management Bestandssicherung Leitungen vom 13.12.2021	Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.	Kenntnisnahme.
5. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 13.12.2021	Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	Kenntnisnahme.
6. Handwerkskammer Heilbronn-Franken vom 14.12.2021	Gegen den im Betreff genannten Bebauungsplan werden von Seiten der Handwerkskammer keine Bedenken erhoben.	Kenntnisnahme.
7. Terranets BW GmbH vom 14.12.2021	<u>Keine Anlagen</u> der terranets bw GmbH im angefragten und markierten Bereich.	Kenntnisnahme.

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
8. Stadtbauamt Güglingen vom 14.12.2021	Zu o. g. Bebauungsplanverfahren werden seitens des Stadtbauamtes keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht. Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme.
9. Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg Referat 43 - Bezirk Nord vom 15.12.2021	Laufende oder geplante Flurneuordnungsverfahren sind von der Planung nicht berührt. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme.
10. Regierungspräsidium Stuttgart Referat 21 - Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz vom 15.12.2021	<p>Es handelt sich nach dem von Ihnen vorgelegten Formblatt um einen entwickelten Bebauungsplan. Nach dem Erlass des Regierungspräsidiums vom 11.03.2021 erhalten Sie keine Gesamtstellungnahme des Regierungspräsidiums. Fachabteilungen nehmen - bei Bedarf - jeweils direkt Stellung.</p> <p>Raumordnung Aus raumordnerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass insbesondere § 1 Abs. 3 bis Abs. 5 sowie § 1 a Abs. 2 BauGB zu beachten sind. Diesen Regelungen sind in der Begründung angemessen Rechnung zu tragen.</p> <p>Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Fertigung der Planunterlagen in digitalisierter Form an das Postfach KoordinationBauleitplanung@rps.bwl.de zu senden. Die Stadtkreise und großen Kreisstädte werden gebeten, auch den Bekanntmachungsnachweis digital vorzulegen.</p> <p>Ansprechpartner in den weiteren Abteilungen des Regierungspräsidiums sind:</p> <p>Abt. 3 Landwirtschaft Frau Cornelia Kästle Tel. : 0711/904-13207 Cornelia.Kaestle@rps.bwl.de</p> <p>Abt. 4 Mobilität, Verkehr, Straßen Herr Karsten Grothe Tel. 0711/904-14224 Referat_42_SG_4_Technische_Strassenverwaltung@rps.bwl.de</p>	<p>Kenntnisnahme der Rechtslage.</p> <p>Kenntnisnahme. Das Regierungspräsidium erhält eine Mehrfertigung in digitalisierter Form.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	Abt. 5 Umwelt Frau Birgit Müller Tel. : 0711/904-15117 Birgit.Mueller@rps.bwl.de Abt. 8 Denkmalpflege Herr Lucas Bilitsch Tel. : 0711/904-45170 Lucas.Bilitsch@rps.bwl.de	
11. Gemeinde Zaberfeld vom 16.12.2021	Durch den o.g. Bebauungsplanentwurf werden die Belange der Gemeinde Zaberfeld nicht berührt. Bedenken oder Anregungen in Bezug auf die Planungen haben wir deshalb nicht vorzubringen.	Kenntnisnahme.
12. Regierungspräsidium Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vom 30.12.2021	B Stellungnahme Unter Verweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme mit dem Aktenzeichen 2511//19-12298 vom 23.01.2020 sind von unserer Seite zum offengelegten Planvorhaben keine weiteren Hinweise oder Anregungen vorzubringen.	Kenntnisnahme.
13. Gemeinde Cleeborn vom 30.12.2021	Die Gemeinde Cleeborn bringt keine Anregungen oder Bedenken gegen o.g. Verfahren vor.	Kenntnisnahme.
14. Abteilung 2, Immobilienmanagement Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn vom 04.01.2022	Das Land Baden-Württemberg (Liegenschaftsverwaltung), vertreten durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn, erhebt keine Einwendungen gegen das o. g. Verfahren. Landeseigene Grundstücke der Liegenschaftsverwaltung, sowie Interessen und Planungen sind durch den Bebauungsplan nicht betroffen. Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme.
15. Stadt Brackenheim vom 07.01.2022	Von Seiten der Stadt Brackenheim bestehen keine Bedenken gegen den Bebauungsplan. Belange der Stadt Brackenheim werden nicht berührt.	Kenntnisnahme.
16. Industrie- und Handelskammer Heilbronn-Franken vom 11.01.2022	Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben wird mitgeteilt, dass seitens der IHK keine Anregungen oder Bedenken bestehen.	Kenntnisnahme.

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
17. Deutsche Bahn AG vom 13.01.2022	Öffentliche Belange der DB AG werden durch den o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Eine weitere Beteiligung am Verfahren halten wir nicht für erforderlich. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme.
18. Landratsamt Heilbronn vom 24.01.2022	<p>Natur- und Artenschutz</p> <p>Aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes bestehen keine Bedenken gegen die Änderung. Die im damaligen Bebauungsplan „Gewerbegebiet Lüssen“ aufgeführten planungsrechtlichen Festsetzungen sind in den planungsrechtlichen Festsetzungen der 2. Änderung zu übernehmen.</p> <p>Bodenschutz</p> <p>Nach fachlicher Prüfung der Planungsunterlagen bestehen aus Sicht des Bodenschutzes keine Bedenken gegen das Vorhaben. Es wird auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der bodenschutzrechtlichen Regelungen (insbesondere Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung) hingewiesen.</p> <p>Oberboden, der bei Baumaßnahmen anfällt, ist gesondert von tieferen Boden-schichten abzuheben und zu lagern. Er ist in kulturfähigem, biologisch-aktivem Zustand zu erhalten und zur Rekultivierung und Bodenverbesserung zu verwenden (siehe § 202 BauGB). Notwendige Bodenarbeiten sind schonend und unter sorgfältiger Trennung von Oberboden und Unterboden durchzuführen. Als Zwischenlager sind Bodenmieten vorzusehen, die den Erhalt der Bodenfunktionen nach § 1 BBodSchG gewährleisten. Bodenverdichtungen sind grundsätzlich zu vermeiden. Entstandene Bodenverdichtungen sind nach Abschluss der Bautätigkeit wirkungsvoll aufzulockern. Die fachlichen Anforderungen an den Bodenabtrag, die Zwischenlagerung und den Bodenauftrag sind in der DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ und im Heft Bodenschutz 26 „Merkblatt Bodenauffüllungen“ der LUBW zusammengefasst.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Wird bei dem Vorhaben, z. B. durch Erschließungsmaßnahmen, auf mehr als 0,5 Hektar natürlichen Boden eingewirkt, ist vom Vorhabenträger ein Bodenschutzkonzept zu erstellen (§ 2 Abs. 3 LBodSchAG). Dadurch wird sichergestellt, dass das Schutzgut Boden sowohl bei der Planung von Bauvorhaben als auch bei der Umsetzung angemessen berücksichtigt und ein sparsamer, schonender und haushälterischer Umgang mit dem Schutzgut Boden und seinen vielfältigen Funktionen (vgl. § 2 Absatz 2 BBodSchG) gewährleistet wird. Das Bodenschutzkonzept orientiert sich an der DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ und ist bei der Bauantragstellung der Unteren Bodenschutzbehörde vorzulegen.</p> <p>Straßen und Verkehr</p> <p>Das Plangebiet befindet sich am südlichen Ortsrand von Güglingen. Klassifizierte Straßen sind nicht direkt betroffen.</p> <p>Für die weitere Planung ist zu beachten, dass ausreichend öffentliche LKW-Stellplätze insbesondere zur Abhaltung der Pausenzeiten zur Verfügung gestellt werden. Zudem sind für Mitarbeiter der Gewerbebetriebe ausreichend Parkmöglichkeiten auf öffentlicher und privater Fläche zu berücksichtigen.</p> <p>Gemäß der RAS 06 (Richtlinie zur Anlage von Stadtstraßen) empfehlen wir eine Mindestfahrbahnbreite von 6,50m für Gewerbestraßen einzuhalten.</p>	<p>Kenntnisnahme. Das Plangebiet ist bereits vollständig erschlossen.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Erschließungsarbeiten sind bereits abgeschlossen.</p>
19. Netze BW GmbH vom 24.01.2022	<p>Im Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplans verlaufen elektrische Anlagen der Netze BW GmbH.</p> <p>> Stellungnahme der Netzentwicklung Projekte Genehmigungsmanagement Sparte 110-kV-Netz (NETZ TEPMI)</p> <p>Nach dem Lageplan vom 16.11.2021 des Baugenehmigungsverfahrens befindet sich der Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplans südlich in unmittelbarer Nähe (außerhalb des Schutzstreifen] zu unserer vorgenannten 110-kV-Leitung.</p> <p>Die Lage unserer 110-kV-Leitungsanlagen geht aus beigefügtem Lageplan hervor.</p>	<p>Kenntnisnahme. Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung umfasst ausschließlich bereits rechtskräftig überplante Flächen. Eine Erweiterung des Geltungsbereichs findet nicht statt.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Wegen der dabei zu beachtenden Sicherheitsvorschriften können wir der Ausweisung des Geltungsbereiches sowie der Baugrenzen in unmittelbarer Nähe zu unseren Leitungsschutzstreifen nur unter folgenden Voraussetzungen zustimmen, wobei etwaige Mehrkosten bei der Bauausführung und der späteren Unterhaltung vom Antragsteller bzw. dem jeweiligen Eigentümer zu tragen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im Bereich der 110-kV-Leitung ist darauf zu achten, dass mit Personen, Baugeräten oder anderen Gegenständen stets ein Abstand von mindestens 3 m von den Leiterseilen eingehalten wird. Dabei ist ein seitliches Ausschwingen der Leiterseile zu berücksichtigen. Alle Beteiligten sind von dieser Notwendigkeit zu unterrichten (vgl. DIN VDE 0105 und DIN EN 50341). <p>Im Spannungsfeld zwischen Mast Nr. 022 und Mast Nr. 023 dürfen Personen, Baugeräte oder anderen Gegenstände eine Höhe von 213,9 m ü. NN. (entspricht 6,0 m über Geländenniveau von 207,9 m ü. NN.) nicht überschreiten.</p> <p>Die max. Flöhe für Baugeräte im Schutzstreifen der 110-kV-Leitungsanlage beträgt 6,00 m. Diese Höhe darf nicht überschritten werden.</p> <p>Bäume und Sträucher müssen von den Leiterseilen stets einen Mindestabstand von 5 m haben. Um wiederkehrende Ausästungen oder gar die Beseitigung einzelner Bäume und Sträucher zu vermeiden, bitten wir dies bereits bei der Pflanzenauswahl zu berücksichtigen.</p> <p>Alle weiteren geplanten Tätigkeiten mit Baugeräten, wie Einrichten eines Standplatzes zum Beladen der LKWs, anlegen einer provisorischen Baustraße, verladen mittels Bagger dürfen nur außerhalb des technischen Schutzstreifens stattfinden.</p> <p>Die Verladung auf LKWs sowie das Abtransportieren erfolgt auf dem befestigten Weg außerhalb des technischen Schutzstreifens (gestrichelte geschwungene Linie im beigefügten Lageplan). D. h. der Bagger ist so zu positionieren, dass der Schwenkarm bzw. die Baggerschaufel nicht in den technischen Schutzstreifen hineinragen kann.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>2. Können beim Baugeräte-/Kraneeinsatz die erforderlichen Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden, so kann geprüft werden, ob eine arbeitstägliche Abschaltung der 110-kV-Leitung oder einzelner Stromkreise möglich ist. Eine solche Abschaltung kann nicht oder nur bedingt unter Berücksichtigung betrieblicher Belange und nur zeitweise vorgenommen werden. Aufgrund nichtbeeinflussbarer Faktoren muss berücksichtigt werden, dass geplante Abschaltungen kurzfristig abgesagt oder verschoben werden müssen.</p> <p>Etwaige Abschaltungen für Baugeräte, wie mobile Kräne (Autokrane), Bagger usw. sind mindestens 4 Wochen vor Beginn der Arbeiten mit unserer Betriebsstelle abzustimmen. Hierfür wenden Sie sich an unser unten genanntes Auftragszentrum. Die Kosten etwaiger Abschaltungen (Personal, Fahrzeuge) sind vom Bauherrn zu tragen.</p> <p>3. Der Beginn der Sauerarbeiten sowie der verantwortliche Bauleiter ist unserem Auftragszentrum-Mitte-HS, Tel. 07141-79632-144 mindestens drei Wochen vor Baubeginn mitzuteilen. Unsere Betriebsstelle wird dann den verantwortlichen Bauleiter vor Ort unterweisen. Bitte beachten Sie hierzu unsere angehängte Information für Bauunternehmen - Schutz von Kabeln, Rohr- und elektrischen Freileitungen.</p> <p>4. Der Antragsteller bzw. die von ihm beauftragten Baufirmen haften für alle Schäden, die durch ihre Bautätigkeit an der 110-kV-Leitung entstehen.</p> <p>5. Von Schadensersatzansprüchen Dritter, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Baumaßnahme gegen die Netze BW gerichtet werden, stellt der Bauherr die Netze BW frei.</p> <p>6. Sollten im Bereich geplanter Tiefbauarbeiten Gas-, Strom-, Wasser und weitere Leitungen liegen, so sind unmittelbar vor Baubeginn aktuelle Leitungspläne bei der zuständigen Stelle einzuholen.</p> <p>> Stellungnahme der Netzentwicklung Mitte Netzplanung Sparten Strom (Mittel- und Niederspannung) (NETZTEMN)</p>	

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Im Moment ist laut Planung der Netze BW in diesem Gebiet nichts geplant.</p> <p>Netzerweiterungen und die Umstellung von Freileitung auf Kabel prüfen wir im Rahmen der jeweiligen Ausbaumaßnahme.</p> <p>Über den Geltungsbereich des Bebauungsplans führen 0,4-kV-Erdkabel der Neckar Netze GmbH und ein Straßenbeleuchtungskabel der Gemeinde Güglingen.</p> <p>Das 0,4-kV-Leitungen sind im beiliegendem Planausschnitt blau und das Straßenbeleuchtungskabel braun dargestellt.</p> <p>Sollten unsere Leitungen durch geplante Baumaßnahmen betroffen sein, bitten wir darum, dass sich der Bauherr rechtzeitig mit unserem Auftragszentrum in Nagold, Frau Gürzing, Telefon (07452) 8468-45463 in Verbindung setzt.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass Bauunternehmen verpflichtet sind, vor Aufnahme von Tiefbauarbeiten eine aktuelle Leitungsauskunft anzufordern. Diese erhalten sie bei der Planauskunft der Netze BW GmbH:</p> <p style="padding-left: 40px;">Rennstraße 4, 73728 Esslingen, Tel. : 0711 289-53650, Fax: 07219 142-1369, E-Mail: Leitungsauskunft-Mitte@netze-bw.de</p> <p>Weitere Bedenken oder Anregungen haben wir in diesem Stadium der Planung nicht vorzubringen.</p> <p>Wir bitten darum, unsere Stellungnahme im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und uns über das Abwägungsergebnis zu informieren, nach Abschluss des Verfahrens das Inkrafttreten des Bebauungsplans mitzuteilen und uns eine endgültige Fassung des Bebauungsplans in digitaler Form an unsere E-Mail-Sammelpostfachadresse bauleitplanug@netze-bw.de zuzusenden. Hierzu geben Sie bitte jeweils die o.g. Vorgangs-Nr. an.</p> <p>Abschließend bitten wir, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	Kenntnisnahme.
20. Regionalverband Heilbronn-Franken vom 25.01.2022	Die vorgelegte Planung stufen wir als nicht regionalbedeutsam ein. Wir tragen daher keine Bedenken vor.	Kenntnisnahme.

Anregungen von	Inhalt der Anregungen	Stellungnahme der Verwaltung bzw. Beschlussvorschlag
	<p>Eine nochmalige Beteiligung im weiteren Verlauf dieses Verfahrens ist nicht erforderlich. Wir bitten jedoch um Mitteilung der Rechtsverbindlichkeit der Planung unter Benennung der Planbezeichnung und des Datums. Zudem wird um Übersendung einer digitalen Planfassung gebeten. Die Zusendung einer rechtskräftigen Ausfertigung in gedruckter Form ist nicht erforderlich.</p> <p>Hierfür bedanken wir uns vorab.</p>	
<p>21. Regierungspräsidium Stuttgart Abteilung 4 Mobilität, Verkehr, Straßen Referat 42 vom 26.01.2022</p>	<p>Die Änderung umfasst den östlichen Bereich des Gewerbegebiets und hat somit keine Auswirkung auf die Landesstraße. Es bestehen keine Einwendungen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>